

TRANSPARENZOFFENSIVE IN BERLINER SCHULPOLITIK

## Anmeldezahlen der Berliner Schulen werden öffentlich



Noch voller Vorfreude: Erstklässler auf dem Weg zur Schule.

Foto: dpa

Von Martin Klesmann

**Bisher wurden sie geheim gehalten. Künftig sollen alle Anmeldezahlen der Berliner Grund- und Oberschulen veröffentlicht werden. Dann kann ganz Berlin erkennen, welche Schulen von Eltern gemieden werden. Das werde den Schulen helfen, meint die SPD.**

Es gibt in Berlin ganz besonders beliebte Schulen, die viele Bewerber ablehnen müssen. Auf der anderen Seite aber gibt es Schulen, die von Eltern gemieden werden. Zum Beispiel weil es dort zu viele Problemschüler gibt, die Schule generell einen schlechten Ruf hat oder auch nur ungünstig zu erreichen ist. Bisher allerdings hielt es die Schulverwaltung weitgehend geheim, wie nachgefragt einzelne Schulen tatsächlich sind.

Das soll nun anders werden: Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat beschlossen, dass ab dem Schuljahr 2015/16 alle Anmeldezahlen für Grundschulen, Gymnasien und Sekundarschulen veröffentlicht werden sollen. „Nach wie vor machen Eltern bei der Anmeldung ihrer Kinder einen großen Bogen um Schulen, die in ihren Augen aus vielfältigen Gründen unattraktiv sind“, heißt es in der Begründung des Antrages, der der Berliner Zeitung vorliegt.

### UNBELIEBTE SCHULEN SOLLEN ATTRAKTIVER WERDEN

Nur wenn bekannt sei, welche Grund- und Oberschulen wenig nachgefragt sind, könnten diese Schulen durch gezielte Maßnahmen attraktiver gemacht werden. „Es geht uns nicht um die Stigmatisierung von bestimmten Schulen“, sagte SPD-Bildungspolitiker Joschka Langenbrinck, der den Beschluss mitinitiiert hat. Um ein differenziertes Bild zu bekommen, sollen die erste und die zweite Anmeldeperiode veröffentlicht werden. So könne man auch feststellen, welche Gymnasien und Sekundarschulen von Eltern immerhin als Zweit- und Drittwunsch angegeben werden. „Das ist etwas anderes, als wenn überhaupt niemand an eine Schule will“, sagte Langenbrinck.

Tatsächlich gibt es in jedem Bezirk ein bis zwei Oberschulen, an die kaum jemand freiwillig seine Kinder zu schicken gedenkt. Die SPD-Politikerin Burgunde Grosse hatte bereits im August den Fall einer Spandauer Sekundarschule öffentlich gemacht, die nur ganze sieben Anmeldungen vorweisen konnte. Auch unter den 360 staatlichen Grundschulen gibt es etliche, die gemieden werden. Obwohl für Grundschulen das Wohnortprinzip gilt, stellen viele Eltern einen Antrag, ihr Kind an einer anderen Schule anzumelden. Nicht selten melden Mütter und Väter ihre Wohnadresse zum Schein in den Einzugsbereich der Wunschschule um – oder schicken ihr Kind gleich auf eine Privatschule.

Auch der Koalitionspartner CDU ist dem Vernehmen nach der Veröffentlichung der Anmeldeinformationen nicht abgeneigt. In der SPD-Fraktion fordert man intern bereits, Schulleiter von Problemschulen auf diese Weise schneller als bisher auszuwechseln zu können. Tatsächlich kann ein nicht engagierter Schulleiter die gesamte Schulentwicklung negativ beeinflussen.

Doch gibt es andere Faktoren, die eine öffentliche Schule unattraktiv erscheinen lassen: Das schwierige soziale

Umfeld einer Schule, gerade einer Grundschule, führt oft dazu, dass Eltern mit bildungsbürgerlichem Hintergrund ihre Kinder dort nicht anmelden. Einige Sekundarschulen, die ihre Plätze nicht voll bekommen, erhalten zusätzlich noch Schüler zugewiesen, die woanders abgelehnt wurden. Sie werden so zu „Restschulen“. Oft sind das Sekundarschulen ohne eigene gymnasiale Oberstufe. Aber auch bestimmte Gymnasien werden nicht wirklich angenommen. Es fehlt mitunter an Öffentlichkeitsarbeit.

#### Migrantenquote abschaffen

Von einigen Eltern wird zudem der hohe Migrantenanteil kritisch gesehen. Deshalb gibt es in der Bildungsverwaltung Überlegungen, die Quote der „Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache“ nicht mehr auszuweisen. Hinzu kommen spezifische Nachteile, wenn die Schule am Stadtrand liegt oder in einem Ortsteil, in dem relativ wenige Kinder und Jugendliche leben.

Schon als im August eine erste Liste kursierte, hatte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) davor gewarnt, daraus ein Ranking der unbeliebtesten Schulen zu machen. Das greife zu kurz, hieß es auch jetzt wieder.

Artikel URL: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/transparenzoffensive-in-berliner-schulpolitik-anmeldezahlen-der-berliner-schulen-werden-oeffentlich-,10809148,29260868.html>

Copyright © 2013 Berliner Zeitung